

## **friedlicher, demokratischer Grundlage ein realistisches und konstruktives Programm der allmählichen Annäherung und Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten entwickelt.**

Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik informierte die sowjetische Seite über die Verhandlungen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Westberliner Senat über Besuche von Bürgern Westberlins in der Hauptstadt der DDR. Die sowjetische Seite teilt voll und ganz die Meinung der Deutschen Demokratischen Republik, daß die Passierscheinübereinkunft zwischen der DDR und Westberlin zu einer gewissen Entspannung führte und überzeugend die reale Möglichkeit und Fruchtbarkeit einer sachlichen Zusammenarbeit zwischen Vertretern der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und des Westberliner Senats zeigte.

Je mehr Abkommen zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten und zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Senat von Westberlin abgeschlossen werden, je schneller es gelingen wird, zwischen den deutschen Staaten Beziehungen des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit herzustellen, desto mehr wird die Sache des Friedens gewinnen.

Das offene deutsche Gespräch, das auf Initiative der Deutschen Demokratischen Republik entfaltet wurde, zeigt, daß die Anstrengungen der Deutschen Demokratischen Republik, das Jahr 1964 zum Jahr der Annäherung und Verständigung zwischen den deutschen Staaten zu machen, in ständig steigendem Maße die Unterstützung der verschiedenen Bevölkerungsschichten in Westdeutschland und Westberlin finden. Breiten Widerhall fanden die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik zur Bildung eines „Deutschen Rates“ sowie von gesamtdeutschen Kommissionen für Kultur, Volksbildung und andere, denen Vertreter der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und Vertreter Westberlins angehören. Die Sowjetunion brachte ihr volles Verständnis und ihre Unterstützung für diese Bemühungen der Deutschen Demokratischen Republik zum Ausdruck.

## **IV**

Bei der Erörterung der internationalen Fragen erklärten beide Seiten, daß sie die Politik der Provokationen, des ökonomischen und politischen Drucks, die von den kriegslüsternden Kreisen der USA gegenüber Kuba